



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis`90/ Die Grünen und FDP
zu „Klare Regeln für Rüstungsexporte“ (Drs. 19/1458)

Für eine transparente europäische Rüstungsexportpolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekräftigt und fordert die Einhaltung des Gemeinsamen Standpunktes aller Partnerländer der EU von 2008. Bei der Genehmigung von Rüstungsexporten sind die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht durch das Empfängerland zu wahren. Außerdem sollten Ausfuhrgenehmigungen verweigert werden, wenn nachweisbar das Risiko besteht, dass die Rüstungsgüter zu internen Repressionen oder zu anderweitigen Verletzungen von Menschenrechten eingesetzt werden. Dies gilt auch, wenn die Rüstungsexporte Konflikte auslösen, verlängern oder verschärfen würden. Militärtechnologie oder die Militärgüter sollen zu keinen anderen Zwecken als für die legitime nationale Sicherheit und Verteidigung verwendet werden. Das schließt ein, dass der Endverbleib der Exportgüter im Empfängerland sichergestellt sein muss. Neben der Debatte um Rüstungsexportpolitik sind Friedenssicherung, Deeskalation und gewaltfreie Konfliktlösung zwingend voranzubringen.

Rüstungsexporte im Sinne der Bündnisverantwortung und multilateralen Ausrichtung deutscher Außenpolitik sowie gemäß des UN-Grundsatzes der souveränen Gleichheit der Staaten sind ein wichtiger Baustein der deutschen Sicherheitspolitik und müssen in diesem Rahmen möglich sein. Grundsätzlich muss sichergestellt sein, dass durch die Regelungen für alle Beteiligten Rechtssicherheit, Planbarkeit und Transparenz gewährleistet werden.

Begründung:

Das Engagement der deutschen Außenpolitik für Frieden und Sicherheit, für die der diplomatische Einsatz für politische Lösungen von Krisen und Konflikten an oberster Stelle steht, muss weiter unterstützt werden. Ziel sollte ein Rüstungsabbau als Resultat internationaler Friedenspolitik sein und explizit nicht ein Ausbau von Rüstungsexporten. Im Rahmen dieser Grundsätze ist eine Rüstungsexportpolitik im Sinne unserer Bündnisverantwortung zu gestalten.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Kay Richert
und Fraktion